



Der Konflikt zwischen Israel, den Vereinigten Staaten und Iran eskaliert weiter. Am dreizehnten Tag der militärischen Auseinandersetzung hat Teheran der Europäischen Union offen „Komplizenschaft“ vorgeworfen. Gleichzeitig weitet sich der Krieg geografisch aus: Luftangriffe in Iran, Raketen- und Drohnenabwehr in den Golfstaaten sowie ein tödlicher Angriff in Beirut zeigen, dass sich die Krise zunehmend zu einer regionalen Konfrontation entwickelt.

Die diplomatische Wortwahl aus Teheran ist ungewöhnlich scharf – und deutet darauf hin, dass der Konflikt nicht nur militärisch, sondern auch politisch eine neue Phase erreicht hat.

Teheran attackiert Europas Rolle

Das iranische Außenministerium beschuldigte die Europäische Union am Donnerstag, indirekt an den militärischen Operationen Israels und der USA beteiligt zu sein. Der Sprecher des Ministeriums erklärte in einer öffentlichen Stellungnahme, die „Gleichgültigkeit und Zustimmung“ Europas gegenüber den Angriffen komme einer „Komplizenschaft“ gleich.

Diese Wortwahl ist Teil einer bekannten iranischen Kommunikationsstrategie: Durch die Ausweitung der Schuldzuweisung auf westliche Staaten versucht Teheran, den Konflikt als breitere Konfrontation zwischen Iran und dem westlichen Bündnissystem darzustellen. Zugleich erhöht ein solcher Vorwurf den diplomatischen Druck auf europäische Regierungen, sich deutlicher von den militärischen Operationen zu distanzieren.

Die Europäische Union hat bisher überwiegend zu Deeskalation aufgerufen, ohne jedoch die israelischen oder amerikanischen Angriffe ausdrücklich zu verurteilen. Diese vorsichtige Linie spiegelt die schwierige Position Europas wider: Einerseits bestehen enge sicherheitspolitische Beziehungen zu Israel und den USA, andererseits versucht die EU seit Jahren, diplomatische Kanäle zu Teheran offen zu halten – insbesondere im Zusammenhang mit dem iranischen Atomprogramm.

Israelische Angriffe auf mutmaßliche Nuklearanlagen

Parallel zur diplomatischen Eskalation gehen die militärischen Operationen weiter. Nach



Angaben des israelischen Militärs wurde ein Komplex bombardiert, der angeblich für die Entwicklung von Schlüsseltechnologien zur Herstellung von Atomwaffen genutzt werde.

Die israelische Armee sprach von einem Angriff auf den sogenannten „Taleghan-Komplex“. Beobachter gehen davon aus, dass damit eine Anlage im militärischen Sperrgebiet von Parchin südöstlich von Teheran gemeint ist.

Parchin gilt seit Jahren als sensibler Standort im iranischen Militärprogramm. Internationale Experten vermuten dort Aktivitäten im Bereich konventioneller Sprengstofftests sowie möglicher Forschungen mit Bezug zu Kernwaffentechnologie. Der Iran weist solche Vorwürfe regelmäßig zurück und betont, sein Atomprogramm diene ausschließlich zivilen Zwecken.

Israel wiederum verfolgt seit Jahrzehnten die Doktrin, eine iranische Atomwaffe mit allen Mitteln zu verhindern. In der Vergangenheit umfasste diese Strategie bereits verdeckte Operationen, Cyberangriffe und gezielte Sabotageaktionen gegen iranische Nuklearinfrastruktur.

Ausweitung der Kampfhandlungen auf die Region

Während Israel Ziele in Iran angreift, zeigt sich zugleich eine zunehmende regionale Dimension des Konflikts. In Beirut kamen bei einem israelischen Luftangriff auf die Küstenpromenade mehrere Menschen ums Leben, weitere wurden verletzt. Der Angriff traf einen Bereich, in dem seit Beginn der Kämpfe zahlreiche Binnenvertriebene übernachten.

Auch auf der Arabischen Halbinsel wurden militärische Zwischenfälle gemeldet. Saudi-Arabien erklärte, seine Luftabwehr habe eine Drohne abgefangen, die sich einem Diplomatenviertel in Riad näherte. In diesem Gebiet befinden sich zahlreiche ausländische Botschaften.

Zeitgleich meldete Kuwait mehrere abgefangene Drohnen. Die Vorfälle deuten darauf hin, dass sich der Konflikt zunehmend über Iran und Israel hinaus auf andere Staaten der Golfregion ausbreitet. Die dortigen Länder zählen zu den wichtigsten Energieexporteuren der Welt – eine militärische Destabilisierung könnte daher unmittelbare Auswirkungen auf globale Energiemärkte haben.



Irans Drohungen gegen Wirtschaft und Technologie

Besonders bemerkenswert ist eine weitere Ankündigung aus Teheran: Die iranischen Streitkräfte erklärten, künftig auch wirtschaftliche Ziele im Nahen Osten ins Visier nehmen zu wollen. Genannt wurden insbesondere Banken, Finanzzentren und wirtschaftliche Infrastruktur im Golf.

Darüber hinaus wurden mehrere große amerikanische Technologieunternehmen als potenzielle Ziele erwähnt. Solche Drohungen markieren eine strategische Ausweitung möglicher Angriffsziele über klassische militärische Einrichtungen hinaus.

In der modernen Kriegsführung spielen wirtschaftliche Infrastrukturen eine immer größere Rolle. Angriffe auf Finanzsysteme, Kommunikationsnetzwerke oder Datenzentren könnten erhebliche wirtschaftliche Schäden verursachen – auch weit über die unmittelbare Region hinaus.

Experten warnen daher, dass ein solcher Schritt die Schwelle zu einer hybriden Kriegsführung senken könnte, bei der militärische Aktionen mit wirtschaftlichen und cyberstrategischen Angriffen kombiniert werden.

Europas schwierige geopolitische Position

Für die Europäische Union verschärft sich damit ein altbekanntes strategisches Dilemma. Einerseits ist Europa sicherheitspolitisch eng mit den Vereinigten Staaten verbunden und sieht Israel als wichtigen Partner im Nahen Osten. Andererseits verfolgt Brüssel traditionell eine stärker diplomatische Linie gegenüber Iran.

Diese Balance war bereits beim internationalen Atomabkommen mit Iran sichtbar, das 2015 abgeschlossen wurde. Europäische Staaten spielten damals eine zentrale Rolle bei den Verhandlungen und versuchten später auch nach dem amerikanischen Ausstieg aus dem Abkommen, den Deal zu retten.

Der aktuelle Konflikt droht jedoch, diese diplomatischen Bemühungen endgültig zu



untergraben. Sollte sich der Krieg weiter ausweiten, könnten europäische Regierungen gezwungen sein, sich stärker auf die Seite Washingtons und Jerusalems zu stellen – nicht zuletzt aus sicherheitspolitischen Gründen.

Die Dynamik des Konflikts deutet derzeit eher auf eine weitere Eskalation als auf eine rasche diplomatische Lösung hin. Mit jedem neuen Angriff steigt das Risiko, dass zusätzliche Staaten in die militärischen Auseinandersetzungen hineingezogen werden. Für Europa könnte die Krise damit schneller zur strategischen Bewährungsprobe werden, als vielen Regierungen in Brüssel und den europäischen Hauptstädten lieb ist.

Autor: Andreas M. Brucker